

# Evangelische Verantwortung



## *Kirchliche Arbeit unter den Bedin- gungen der DDR*

Altbischof Axel Noack *Seite 3*

## Konsequenzen der Entkirch- lichungspolitik der DDR

Dr. Christoph Bergner MdB *Seite 6*

**8**

*Auf dem Weg zum Reformationsjubiläum 2017*

**14**

*Familie – der unverzichtbare Dienst-Leister des Sozialen  
in unserer Gesellschaft*

**17**

*Aus unserer Arbeit*

# Liebe Leserin, lieber Leser,



*Politische Vergangenheitsbewältigung wird heuchlerisch und unwahrhaftig, wo Unfreiheit und Totalitarismus beschönigt und amnestiert werden.*

anlässlich der Feierstunde im Deutschen Bundestag zum **Jubiläum des Mauerfalls** hatte **Wolf Biermann** bereits deutliche, fast prophetische Worte gefunden, die wach rüttelten und zu denken gaben.

Ausgerechnet 25 Jahre nach dem Mauerfall hat nun in **Thüringen** eine Koalition von Linkspartei, SPD und Grünen den **ersten Ministerpräsidenten** aus den Reihen der **SED-Nachfolgepartei** gewählt. Und die Art und Weise, wie es dieser Linkspartei gelungen ist, in der bis heute Täter von damals sitzen und den Ton angeben, sich in einem Vierteljahrhundert nach der **Friedlichen Revolution** im wiedervereinigten Deutschland erneut zu etablieren, ist

eigentlich ein Skandal ohne Gleichen. **Hubertus Knabe** hat diesbezüglich einmal treffend formuliert: „Als die Partei im Herbst 1989 mit Schimpf und Schande davongejagt wurde, hinterließ sie ein heruntergekommenes, traumatisiertes Land (...).“ Nun sitzen im Osten Deutschlands „ehemalige SED-Kader schon seit Jahren wieder an den Schaltstellen und verklären die DDR als ‚legitimen Versuch‘, eine vermeintlich bessere Gesellschaft aufzubauen.“

Dass sich eine Partei wie **Bündnis 90/die Grünen**, die sich in den Jahren 1989/90 immerhin auch aus Teilen der Bürgerrechtsbewegung neu gründete, und eine Partei wie die SPD, die 1946 in der sowjetisch besetzten Zone mit der KPD zur SED zwangsvereinigt wurde, nun zum Steigbügelhalter der Linkspartei degradieren lassen, muss jeden fassungslos machen, der sich noch mit Freudentränen und voller Glück an die historische Novembernacht von 1989 erinnern kann.

All dies zeigt einmal mehr: Politische Vergangenheitsbewältigung bzw. Erinnerungskultur wird überall dort heuchlerisch und unwahrhaftig, wo Unfreiheit und Totalitarismus – gleich welcher Couleur – beschönigt und amnestiert werden. Und genau hier hat deshalb Wolf Biermann auch zu Recht den Finger in die Wunde gelegt. Ich verstehe seine Worte im Deutschen Bundestag vor allem als eindringliche Mahnung, die permanenten

Versuche der ehemaligen Täter und ihrer Gesinnungsgenossen, ehemaliges Unrecht zu beschönigen, zu entschuldigen oder gar vergessen zu machen, nicht länger gelten zu lassen. Das ist auch das Mindeste, was wir allen Leidtragenden der ehemaligen DDR und mit ihnen den Millionen von Opfern des Sozialismus insgesamt schuldig sind.

Allein die Tatsache, dass sich gerade wieder eine Debatte entzündet hat, bei der abermals das Unrecht in der ehemaligen DDR relativiert wurde, spricht Bände über das wahre Selbstverständnis und die wahre Gesinnung dieser „Linken“. Selbstverständlich darf man **Gregor Gysi**, unter dessen Vorsitz sich die SED schon das erste Mal umbenannte, seine semantischen Taschenspielertricks nicht durchgehen lassen. Denn die DDR war natürlich durch und durch ein Unrechtsstaat und ein diktatorischer Willkürstaat. Hier wurden Menschen unterdrückt und sind politische Abweichler und Kritiker radikal bekämpft worden. Ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger wurden erschossen, eingesperrt, drangsalieren, überwacht und verfolgt, sofern sie nur von ihren universalen Freiheits- und Menschenrechten Gebrauch machen wollten. Niemals sollte darum vergessen werden, worauf Bundesministerin **Johanna Wanka** kürzlich hingewiesen hat: Es war eben immer eine bewusste politische Entscheidung, wenn man sich nach 1989/90 der **Täter-Partei „SED“** angeschlossen bzw. diese niemals verlassen hat.

Für Thüringen wird dieses neue und beispiellose Links-Bündnis zweifellos gravierende, negative Folgen für die weitere Landesentwicklung haben. **Christine Lieberknecht** hat sich nichtsdestotrotz, wie auch alle ihre CDU-Vorgänger im Amte als Ministerpräsidenten seit 1990, um ihr Land verdient gemacht und eine hervorragende Arbeit geleistet. Es ist der CDU in Thüringen zu verdanken, dass sich die Verhältnisse hier so ausgesprochen günstig entwickelt haben. Dafür sagen wir unserer stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich dank und wünschen ihr für ihre weiteren zukünftigen Aufgaben von Herzen alles Gute.

**Allen Leserinnen und Lesern der „Evangelischen Verantwortung“ wünsche ich ein gesegnetes und frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr und bedanke mich für die vielen hilfreichen Spenden und die vielfältige Unterstützung unserer EAK-Arbeit.**

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

## Inhaltsübersicht

3 Kirchliche Arbeit unter den Bedingungen der DDR

6 Konsequenzen der Entkirchlichungspolitik der DDR

8 Auf dem Weg zum Reformationsjubiläum 2017

14 Familie – der unverzichtbare Dienst-Leister des Sozialen in unserer Gesellschaft

16 Evangelisches Leserforum

17 Aus unserer Arbeit



# Kirchliche Arbeit unter den Bedingungen der DDR

| Altbischof Axel Noack

Will man die Politik der SED gegenüber den Kirchen in der DDR differenziert betrachten und unterschiedliche Zeiten und Phasen voneinander abgrenzen – was durchaus sinnvoll ist – so ist es gut, vorher einige Kontinuitäten, die über die ganze DDR-Zeit hinweg galten, festzuhalten.

Für alle Phasen der DDR-Zeit galt:

- Kinder christlicher Eltern waren in Schule und Studium benachteiligt.
- „Pazifisten“ (Wehrdienstverweigerer) gelangten nur selten zum Hochschulabschluss
- Es fand eine kleinlichste Zensur aller kirchlichen Druckerzeugnisse statt
- Die kirchliche Arbeit, besonders die Jugendarbeit, wurde vom Staatssicherheitsdienst als „feindlich-negativ“ eingeschätzt.

- Es gab für die Kirchen keine wirkliche Rechtsbasis; alles musste durch „Verhandlungen“ und „Gespräche“ geklärt werden.

Unter dieser „Überschrift“ lassen sich dann allerdings doch stark voneinander abweichende Phasen der Kirchenpolitik beschreiben. Außerdem gibt es Jahre und Ereignisse die hervorrangen und sich in ihrer Wirkung fest in den Köpfen der Menschen verankert haben, etwa das Krisenjahr 1952/53.

**1.** Zunächst, in der Zeit der Regierung durch die sowjetische Militäradministration (SMAD) erfuhren die Kirchen manche Unterstützung und Hilfe. So wurde wichtige Gründungen erlaubt, etwa die des Evangelischen Hilfswerkes (später Diakonisches Werk). Und

auch die Lizenzierung aller kirchlichen Zeitschriften geschah in diesen Jahren. Darunter sogar eine kirchliche Jugendzeitschrift, „Stafette“, die im Januar 1953 verboten worden ist. In einem Punkt verhielt sich aber auch die SMAD sehr restriktiv: In der Frage des Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen. Der durfte z.B. auf der ersten Tagung der Synode der unserer Landeskirche, 1946 in Halle, nicht thematisiert werden. Dieses Verbot hatte beinahe die ganze Synodaltagung platzen lassen.

**2.** Die DDR als Staat wurde zu einem Zeitpunkt gegründet, in der das Zerwürfnis der Vier Mächte untereinander und der beginnende kalte Krieg nicht mehr zu übersehen waren. Die zunehmenden Behinderungen kirchlicher Arbeit waren nicht mehr zu übersehen. Dabei bestand die politische

Hauptschlagrichtung darin, innerhalb der Kirchen die Basis der Gemeindeglieder und der dort tätigen Pfarrer gegen die in den Augen des Staates reaktionären Kirchenleitungen aufzubringen. Es wurde versucht, einzelne staatlich willfährige Pfarrer (Sie erhielten in der Kirche den Namen „Friedenspfarrer“) zu belohnen: durch besondere (manchmal auch finanzielle) Vergünstigungen, durch Urlaubsplätze, aber auch durch die Bevorzugung bei Kirchenreparaturen etc.

Zu diesem Zwecke wurde seitens der SED ein „Bund evangelischer Pfarrer in der DDR“ (1958) ins Leben gerufen und auch einige besonderen Zeitschriften begründet. („Die Begegnung“ und „Glaube und Gewissen“ (1957) später „Standpunkt“.) Der Ton politischer Verlautbarungen war durchaus rüde. Hier der Beschluss des III. Parteitages der SED (Juli 1950): *„Die überwiegende Mehrheit der Kirchenanhänger gehört zugleich demokratischen Organisationen und Parteien an. Zusammen mit Hunderten ihrer Pfarrer kämpfen Millionen Kirchenanhänger in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland um den Frieden, um die Einheit Deutschlands. ... Diese Kirchenführer erheben dagegen Einspruch, daß sich Pfarrer der Nationalen Front des demokratischen Deutschland anschließen, sie gehen gegen diese Pfarrer disziplinarisch vor. ... Diese Pfarrer gilt es zu unterstützen und eine breite Protestbewegung innerhalb der Kirche selbst zu entfalten, damit die Kirchenanhänger und Geistlichen frei ihre nationalen Pflichten erfüllen und ihre staatsbürgerlichen Rechte ausüben können.“*

In diese Phase gehört auch die massive Verfolgung der „Jungen Gemeinde“ und der Studentengemeinde im Jahre 1952/53. Sie gehört in den Zusammenhang der ersten wilden Phase des „Aufbaus des Sozialismus“, wie er von der Partei im Sommer 1952 beschlossen worden war. („2. Parteikonferenz der SED“) Der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR verändert das ganze Land. Dazu gehörten u.a.:

1. Die Abschaffung der Länder und Bildung von 15 Bezirken
2. Die Schaffung der Sperrgebiete an den Grenzen, verbunden mit der zwangsweisen Aussiedlung unliebsamer Bürger
3. Die Zentralisierung der Kultur durch Schaffung staatlicher Komitees für Rundfunk, Theater, Film, Körperkultur und Sport
4. Die Gründung der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. (LPG)
5. Die Bildung von bewaffneten „Betriebskampfgruppen“
6. Massive Werbung für „kasernierte



Volkspolizei“, Vormilitärische Ausbildung in der Gesellschaft für Sport und Technik (GST)

7. Die FDJ wird nun „Kampfreserve der Partei“ genannt und ist nicht mehr überparteilich.
8. Massive Behinderung von selbständigen Unternehmern und Handwerkern (Lebensmittelkarten)
9. Ständige Erhöhung der Arbeitsnormen im ganzen Land

Die Bevölkerung reagiert mit einem massiven Anwachsen der Republikflucht (allein im März 1953 verließen mehr als 59 000 Bürger die DDR!). Es braute sich der Zorn der Bevölkerung zusammen, der dann am 17. Juni 1953 hervorbrach.

Die kommunistische Partei der Sowjetunion hatte (zu spät!) deutlich in diese chaotische Entwicklung eingegriffen und z. B. am 4./5. Juni 1953 das administrative Vorgehen gegen die Kirche gestoppt.

Für die diese Phase gilt: Die staatliche Kirchpolitik war nicht sehr erfolgreich, dennoch erlitt die Kirche durch den Weggang der Bevölkerung in den Westen erhebliche Verluste gerade unter den „Bildungsbürgern“. Als einen bleibenden Erfolg der SED kann wohl die

„Entbürgerlichung“ der DDR angesehen werden.

**3.** Schon im Eingreifen der Sowjetunion war gefordert worden, nicht administrativ sondern weltanschaulich aufklärend gegen Kirche und Religion vorzugehen. Dem kam die DDR mit der (Wieder-)Einführung der Jugendweihe 1954 nach. Eine Welle der atheistischen Propaganda setzt ein und es erschienen zahllose Propagandaschriften („Der Sputnik und der liebe Gott“). Solche Schriften erschienen in einem Zeitraum von ca. 20 Jahren: 1953 bis 1973.

Die Jugendweihe war als „Gegenkonfirmation“ konzipiert und wurde mit Nachdruck durchgesetzt. 1958 erreicht sie mehr als 2/3 der Jugendlichen. Das sollte sich noch steigern (95%) und bis zum Ende der DDR so bleiben. Die Kirchen haben hier riesige Verluste erlitten,

weil sie hart gegen die Jugendweihe vorgehen und (in unserer Kirche bis 1971) Eltern von kirchlichen Ämtern (etwa als Kirchenälteste) ausschlossen, die ihre Kinder zur Jugendweihe schickten.

Hier setzt ein Phänomen ein, dessen Auswirkungen wir erst viel später in aller Härte erfahren haben: Man musste nicht aus der Kirche austreten, aber sehr vielen

Eltern schien es im Interesse ihre Kinder zu liegen sie nicht mehr zur Taufe und zum kirchlichen Unterricht zu bringen. Dieser „stille“ Abschied von der Kirche zeitigte seine Folgen erst zwei Generationen später.

Diese dritte, weltanschaulich dominierte Phase der Politik der SED brachte auch die entscheidenden administrativ verfügten Veränderungen für das Kirchliche Leben. So beschloss das Politbüro der SED im Februar 1956:

1. Abschaffung der Kirchensteuer als Steuer
2. Verbot von Kirchenneubauten
3. Behinderung des Religionsunterrichtes in Schulen (Vorbereitung des „Lange-Erlasses von 1958)
4. Kürzung („Überdenken“) der Staatsleistungen an die Kirchen.

Außerdem wurde der Innenminister, Karl Maron, beauftragt die Bischöfe zu versammeln und ihnen gegenüber eine „Erklärung“ abzugeben. Darin heißt es:

„Es dürfte an der Zeit sein, daß die Vertreter der Kirche sich etwas bescheidener verhalten. Die Vertreter der materialistischen Weltanschauung, die Vertreter der fortgeschrittenen Wissenschaft, haben nicht nur das Recht, sondern die



Treffen anlässlich des Lutherjahres 1983. Das Bild zeigt v. r. n. l. Bischof Dr. Krusche, den Vorsitzenden der DDR-CDU, Gerald Götting, Bischof Braecklein und Erich Honecker.

Pflicht ihre wissenschaftliche Lehre überall zu vertreten. Wir leben nicht mehr im Mittelalter, wo Vertreter des religiösen Aberglaubens fortschrittliche Auffassungen unterdrücken konnten.“

4. Mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker (1971) wurde die ideologische Auseinandersetzung viel weniger anspruchsvoll geführt. Es kam auf „artiges“ Verhalten an. Die Kirchenpolitik erfuhr eine deutliche Veränderung, ja nahezu eine Umkehr: Nun wurde seitens der Partei und des Staates versucht die Kirchenleitungen zu hofieren und immer öfter zeigte sich Erich Honecker mit Bischöfen im Lutherrock vor den

Kameras (6.3.1978, Lutherjahr 1983 etc.) Die Partei versuchte zunehmend die Kirchenleitungen zu instrumentalisieren und zur Disziplinierung der Basisgruppen (Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen) in und am Rande der Kirchengemeinden zu benutzen. („Kirche muss doch Kirche bleiben!“) Auch diese Politik war nur sehr bedingt erfolgreich. Im Grunde ist es – bei allen Problemen im Einzelfall – doch gelungen, den Gruppen in der Kirche ein Dach und damit Schutz und Möglichkeiten zu bieten.

Am Ende wird festzuhalten sein, dass wir unsere Geschichte nicht als Ruhmesgeschichte werden schreiben können. Sondern wir werden dankbar feststellen dürfen, dass wir die gnädige Bewahrung Gottes immer wieder erfahren haben.



*Axel Noack*

ist evangelischer Theologe und war von 1997 bis 2008 Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

## Pressemitteilung vom 13.11.2014

### „Es geht um Hilfe beim Sterben, nicht zum Sterben“

***In der heutigen Debatte des Deutschen Bundestages zum Thema „Sterbebegleitung“ hat der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär im BMBF, Thomas Rachel MdB, in seinem Redebeitrag ein Verbot aller gewerbsmäßigen und organisierten Formen der Sterbehilfe gefordert:***

In der einseitigen Fokussierung der gegenwärtigen Debatte auf Begriffe wie „Selbsttötung“ oder „Beihilfe zum Suizid“ offenbare sich, so Thomas Rachel, eine bedenkliche Engführung der eigentlichen ethischen und politischen Herausforderung. Denn die Aufgabe des Gesetzgebers könne es nur sein, die bestmögliche Hilfe „beim Sterben“ und nicht „zum Sterben“ zu organisieren und zu gewährleisten.

Da im Zentrum aller Bemühungen der schwerstleidende Mensch selbst stünde, müsse sich das ganze Bemühen darauf konzentrieren, Leiden und Schmerzen nach Menschenmöglichkeit zu mindern, Fürsorge und persönliche Betreuung zu leisten und die beste ambulante wie stationäre palliativmedizinische und auch hospizliche Versorgung für alle sicher zu stellen.

Thomas Rachel würdigte ausdrücklich auch die Grenzerfahrungen des menschlichen Lebens und die tiefen Gewissenskonflikte von Betroffenen und Angehörigen in Situationen schweren Leidens. Gerade diese Grenzfälle könnten jedoch nicht zur Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung und sozusagen zum „einklagbaren Normalfall“ gemacht werden. Der Ruf nach gesetzlicher Regelung der Beihilfe zur Selbsttötung führe daher in die Irre.

# Konsequenzen der Entkirchlichungs- politik der DDR

| Dr. Christoph Bergner MdB

Von März 2011 bis Dezember 2013 war ich Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. In dieser Funktion hatte ich dem Bundestag einen jährlichen Bericht zum Stand der deutschen Einheit zu geben. Zentrales Anliegen dieses Berichtes ist anhand statistischer Kennziffern bestehende Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen des vereinten Deutschland zu verdeutlichen, ihre Ursachen zu analysieren und Maßnahmen zu entwickeln, die zu einer weiteren Angleichung bzw. zur Gleichwertigkeit der Verhältnisse in östlichen Landesteilen beitragen können.

Auch wenn wir gegenwärtig noch immer markante Unterschiede in Bereichen wie Steuerkraft, Höhe der Privatvermögen und Arbeitslosigkeit feststellen müssen, so hat es in den letzten mehr als zwei Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung in praktisch allen Bereichen eine beachtliche Angleichung unserer Lebensverhältnisse an das Niveau des Westens gegeben. 1991 lag unsere Wirtschaftskraft (BIP/Einwohner) bei 43 % des Westens, 2012 waren es 73 %; das durchschnittliche Lohnniveau lag 1991 bei ca. 45 % West, 2012 bei 82 %. Diese Aufzählungen ließen sich fortsetzen, bei allen noch bestehenden Unterschieden – es gab in allen Kennziffern eine Konvergenz Ost an West.

Nun gibt es eine statistische Vergleichsgröße, bei der von einer Angleichung des Ostens an den Westen keine Rede sein kann: Das ist die Entwicklung der Konfessionszugehörigkeit. Wenn man bei der Mitgliederentwicklung der christlichen Kirchen überhaupt von der Angleichung reden möchte, so ist es eher die Angleichung des Westens an den Osten, als umgekehrt. Dabei lassen sich Ergebnisse der DDR-Entwicklungspolitik statistisch gut belegen. (Abb. 1)

Jahr	evangelisch	katholisch
1949	81%	11%
1964	60%	8%
1989	20–25%	4–5%

Abb. 1: Religionszugehörigkeit in der DDR

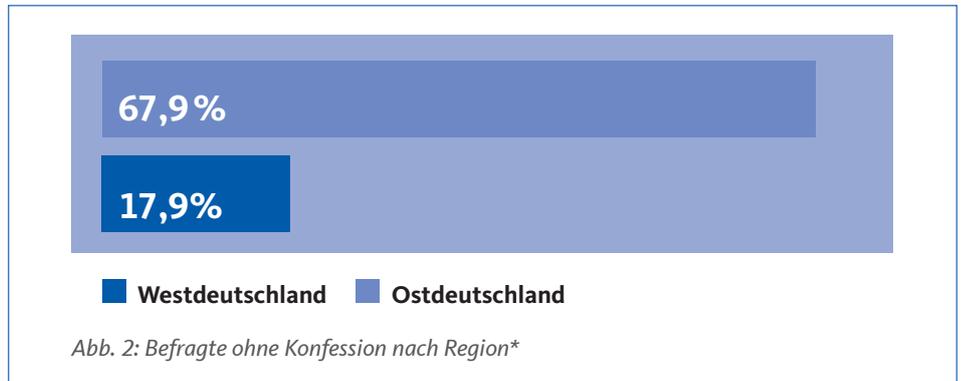


Abb. 2: Befragte ohne Konfession nach Region\*

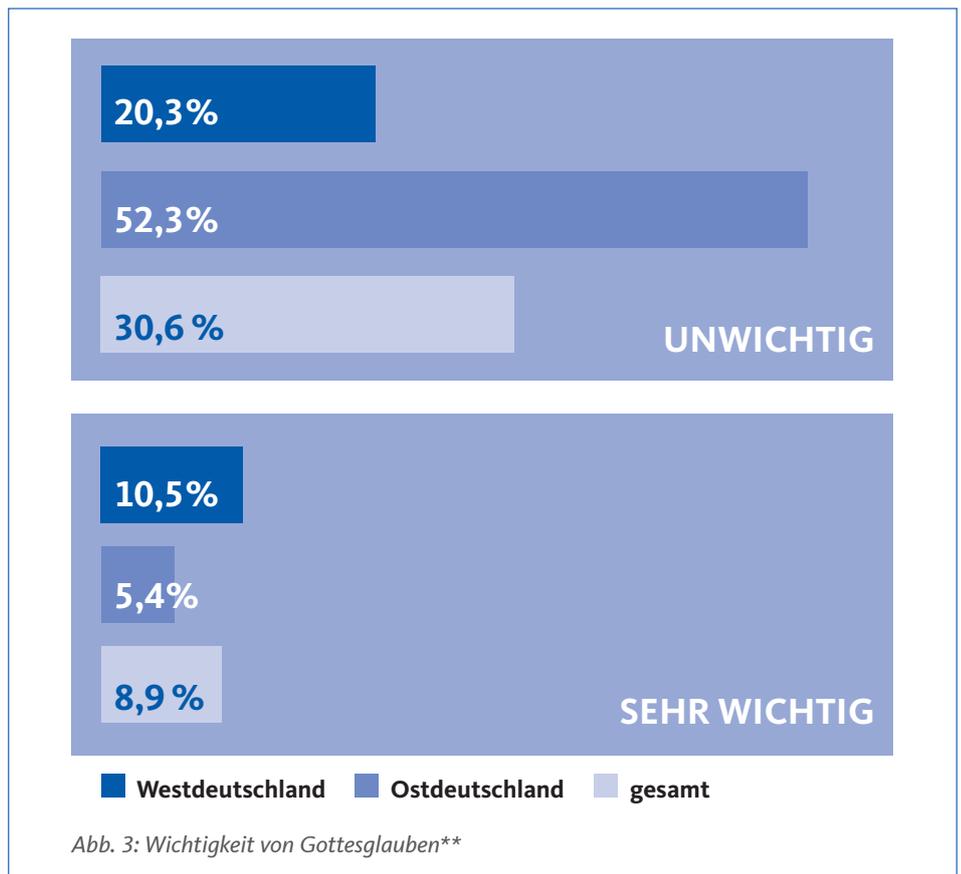
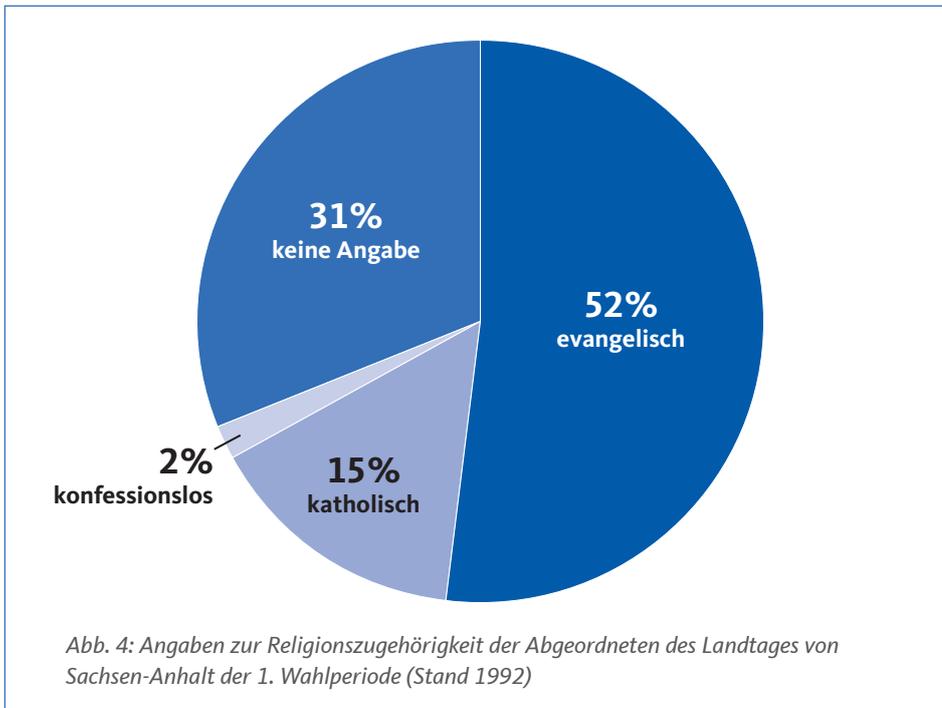


Abb. 3: Wichtigkeit von Gottesglauben\*\*

Die Tabelle zeigt den Prozentanteil evangelischer und katholischer Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung der DDR in drei verschiedenen Perioden. Der Anteil Konfessionsloser hat sich während 40 Jahren insgesamt verzehnfacht.

Jeder, der in der DDR aufgewachsen ist, hat dazu seine eigenen Erfahrungswerte: Als ich in Saalfeld in Thüringen zur Schule ging, gehörte mein Jahrgang in der Stadt zu den geburtenstärksten

seit Jahren. In der evangelischen Kirche waren wir 1963 insgesamt 58 Konfirmanden, zehn Jahre zuvor 1953 wurden am gleichen Ort noch 246 Mädchen konfirmiert. Dieser Verlust an Konfessionsbindung hat sich seit der Wende nicht erholt. Bei keiner statistischen Kennziffer gibt es gegenwärtig eine so große Diskrepanz zwischen Ost und West, wie bei der Kirchenbindung. Im Osten Deutschlands liegt der Anteil der



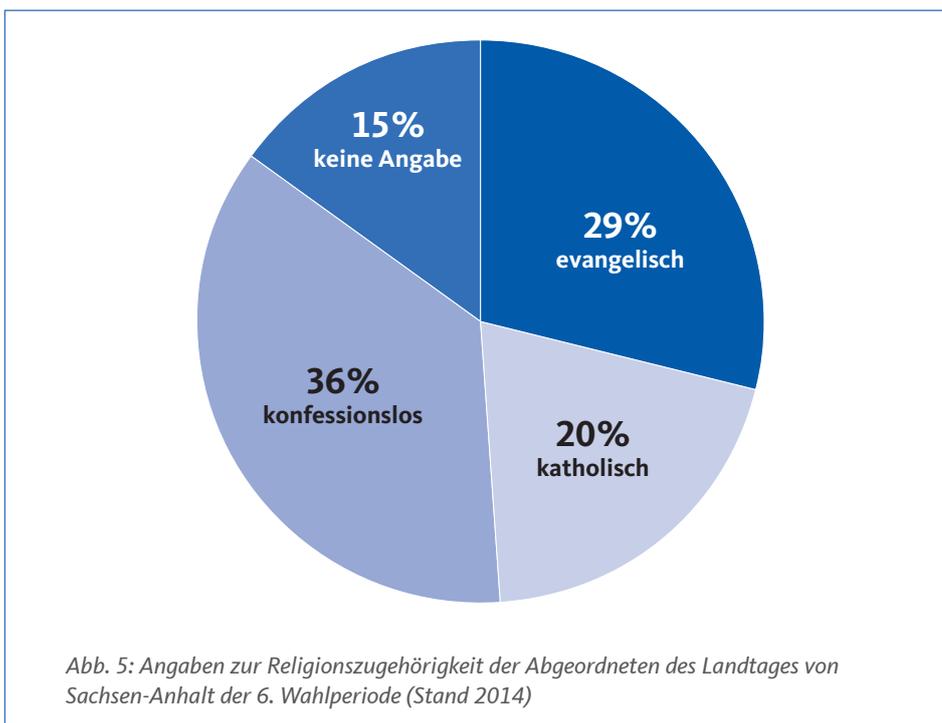
Konfessionslosen bei 76,9 %, im Westen Deutschlands bei 17,9 %. Was sich dann auch bei allen Befragten zu religiösen Haltungen zeigt. (Abb. 2)

Die Befragten wurden darum gebeten, auf einer Skala von 1 (unwichtig) bis 7 (sehr wichtig) einzustufen, für wie wichtig sie die Rolle von Gottesglauben halten. Das Diagramm zeigt nur die Enden der Skala. (Abb. 3)

Wenn man diese Zahlen zur Diskussion stellt, fragen vor allem westdeutsche Gesprächspartner: „Aber in der friedlichen Revolution hatten die Kirche doch eine entscheidende Rolle, hatte das gar keine Konsequenzen für die Gesellschaft?“

Die Antwort ist statistisch gut begründbar. Im Ergebnis der friedlichen Revolution kamen überwiegend Christen in die politische Verantwortung, obwohl sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nicht erhöhte. Das lässt sich mit der Auswertung der Konfessionsangaben im 1. Landtagshandbuch Sachsen-Anhalt gut belegen. (Abb. 4)

Obwohl laut Statistik in unserem Bundesland 67 % als konfessionslos bezeichnet, gehörten mindestens zwei Drittel der Abgeordneten 1992 einer christlichen Kirche an, nur 2 % der Abgeordneten des 1. Landtages nach der Wende bezeichneten sich im Handbuch ausdrücklich als konfessionslos.



Diese Verhältnisse haben sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten erheblich verändert. Wertet man die Erklärungen des Handbuches der gegenwärtigen Wahlperiode aus, so hat die Zahl der erklärtermaßen konfessionslosen deutlich zugenommen. (Abb. 5)

#### Schlussfolgerungen:

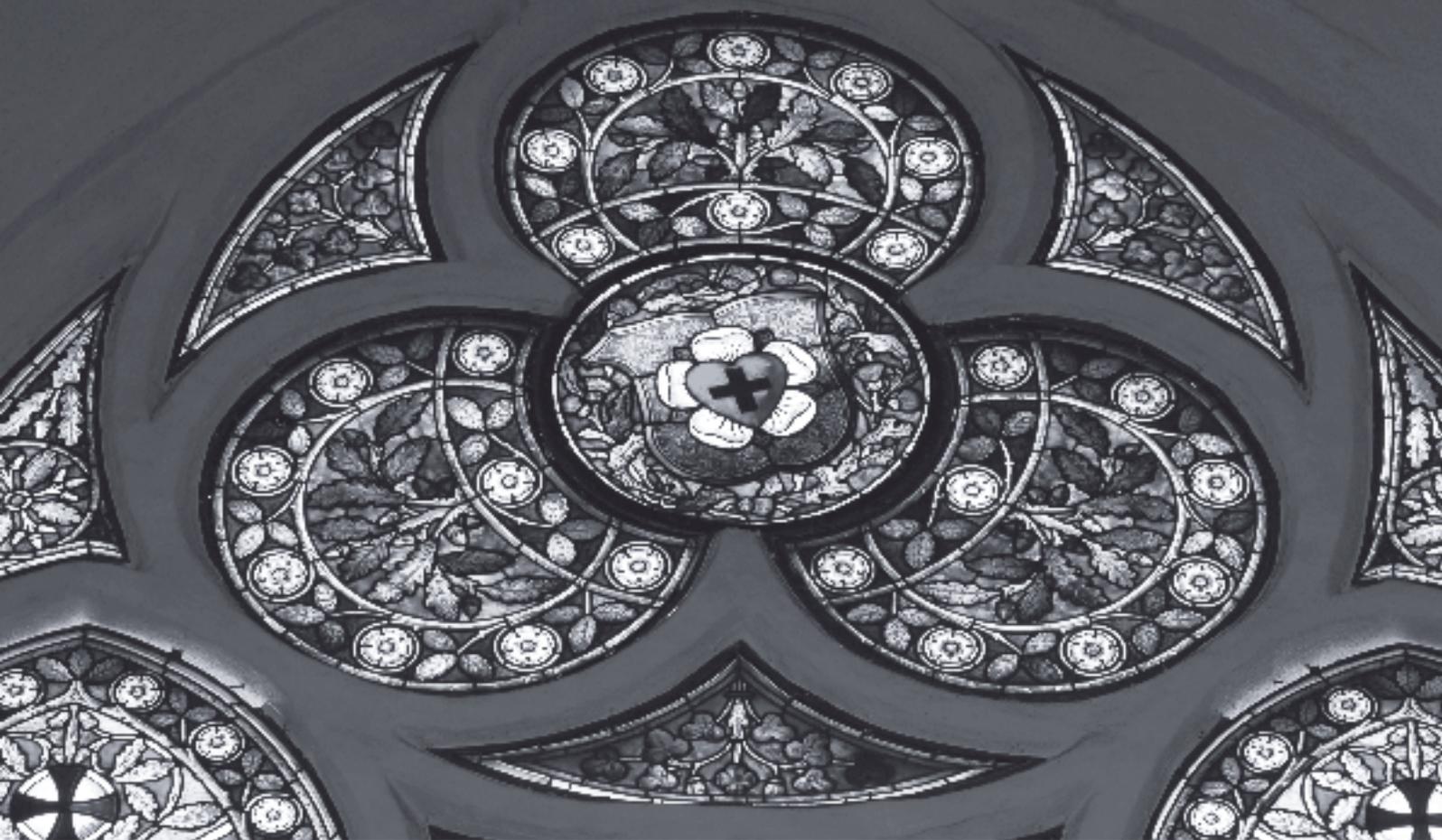
- Die kirchen- und glaubensfeindliche Politik der DDR hat bis heute einen fortwirkenden Einfluss auf die Gesellschaft der neuen Bundesländer, indem sie einen Traditionsbruch bei der Weitergabe eines religiösen, christlichen Selbstverständnisses bewirkte. Es ist zu einer sich reproduzierenden Kirchenfeindlichkeit in der Gesellschaft gekommen.
- Es wäre allerdings unzutreffend zu behaupten, in der Kirchenferne der ostdeutschen Gesellschaft lebe die DDR-Ideologie fort. Die kirchenfeindliche Ideologie der DDR war der dialektische und historische Materialismus. Von dem redet im Osten niemand, auch nicht die große Zahl der Konfessionslosen.
- Konfessionslosigkeit im Osten bedeutet weniger einen überzeugten oder gar kämpferischen Atheismus, sondern eher eine Gleichgültigkeit gegenüber religiösen Fragen.
- In den letzten 20 Jahren hatten die Christen eine überproportionale Repräsentanz in der ostdeutschen Politik. Wir sollten uns darauf einstellen, dass dies nachlässt und dass zukünftig bestimmte religionsrechtliche Fragen (Feiertage, Finanzzuwendungen an Kirchen u.a.) in einer distanzierten Atmosphäre erörtert werden.
- Strukturelle Probleme ostdeutscher Kirchen, die sich auf eine niedrige Mitgliedschaft zurückfahren lassen, werden fortbestehen, wenn es unseren Kirchen nicht gelingt, die Zahl ihrer Mitglieder spürbar zu erhöhen.

\* Quelle: Politische Folgen neuzeitlicher Entkirchlichung – Vortrag von Dr. Christoph Bergner bei der Mitgliederversammlung des EAK der CSU am 29. August 2001 in Coburg

\*\* Quelle: ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) 2012



Dr. Christoph Bergner ist Bundestagsabgeordneter für Halle und den Saalekreis sowie Mitglied im dortigen EAK.



# Auf dem Weg zum *Reformations-* *jubiläum 2017*

Eine kritische Stellungnahme zu Identität und Relevanz der EKD

| Klaus Baschang

Was ist von der EKD noch zu erwarten, wenn das 500-jährige Jubiläum von Luthers Thesenanschlag in drei Jahren begangen wird? Die Erwartungen an das Jubiläum steigen in gleichem Maße, wie die Enttäuschungen über die EKD zunehmen. Von Kuschelkirche und Wohlfühlreligion ist die Rede einer ihrer ehemaligen Cheftheologen wirft ihr „Selbstsäkularisierung“ vor und ein anderer „fatale Desorientierung“ des Publikums. Man würde sie – wie auch der Verfasser dieses Artikels – gerne verteidigen. Allein: Die Argumente fehlen. Die Orientierungshilfe zu Ehe und Familie vom Sommer 2013 hat verheerende Spuren hinterlassen, der rechthaberische Umgang mit den Kritikern nicht minder. Was

ist also vom Reformationsjubiläum zu erhoffen? Wird die undeutlich gewordene Identität der EKD neu profiliert werden? Kann dann ihre Relevanz für unser Gemeinwesen wieder wirksam werden?

Bonhoeffer hatte uns aus der Haft die Frage eingebracht „Sind wir noch brauchbar?“ Diese Frage erledigt sich nicht durch Zeitablauf. Im September hat „christmon“, das breit gestreute Publikumsmagazin der EKD, eine lesbische Frau portraitiert, die sich über einen Internetkontakt Samen von einem schwulen Mann besorgt und damit bei sich zu Hause ihre Schwangerschaft herbei

*Die Erwartungen an das Jubiläum steigen in gleichem Maße, wie die Enttäuschungen über die EKD zunehmen.*

geführt hat. Ihr Glücksbedürfnis wurde durch Zwillinge sogar doppelt befriedigt. So werden Kinder wehrlos zum Zwecke der Gefühlsregulierung einer Erwachsenen ins Leben geholt. Und die EKD nimmt an diesem Glück öffentlich Anteil! Bei Jesus aber und beim EAK heißt es, vom Kind her denken. In derselben Ausgabe werden die Kirchenleute gerüffelt, die Probleme mit der Segnung homosexueller Paare haben. „Sind wir noch brauchbar?“ Die Frage richtet sich nicht nur an die EKD. Sie richtet sich auch an diejenige, die – wie der Autor – durch solche Vorgänge die Kirchenmitgliedschaft infrage gestellt sehen.

## 1. Ein „Grundlagentext“

In dieser Situation greift man dankbar und erwartungsvoll zu einer Publikation des Rats der EKD, die als Grundlagentext charakterisiert ist. Der anspruchsvolle Titel *Rechtfertigung und Freiheit, 500 Jahre Reformation* (Gütersloher Verlagshaus 2014) lässt aufmerken.

Die Schrift wendet sich offenkundig vor allem an Nichttheologen. Das ist nicht zu kritisieren. Die Reformation war ein religiöser Vorgang und ein Bildungsgeschehen in einem. Das ist

*Die Festigkeit der Lehre der ganzen Kirche ist die Voraussetzung für die persönliche Freiheit der Glaubenden.*

aber den Gebildeten in Deutschland weitgehend nicht mehr bekannt. Persönlicher Glaube muss keineswegs in Intellekt und Praxis die komplette Dogmatik erfassen. Er muss sich aber – in eigener Verantwortung – an der Lehre der Kirche punktuell festmachen. Das ist eine wichtige Bedingung evangelischer Glaubensfreiheit. Darum ist die bewährte Lehre der Kirche für die Zukunft der Kirche zu pflegen. Die Festigkeit der Lehre der ganzen Kirche ist die Voraussetzung für die persönliche Freiheit der Glaubenden. Diese reformatorische Erkenntnis muss wieder unter die Leute.

Der Grundlagentext wurde von einer ad-hoc-Kommission erarbeitet. Sie war vom Rat der EKD eingesetzt worden. Sie hatte zwei schwierige Aufgaben. Sie musste die eklatanten Differenzen in der Lehre in Übereinstimmungen überführen. Und sie musste den lebensdienlichen Sinn erneuerter evangelische Lehre verdeutlichen.

Der Text benennt seine Absicht markant und auf den ersten Blick angenehm offen: Das Jubiläum 2017 soll „gefeiert“ werden. Die Menschen der Gegenwart sollen in eine von der Reformation herkommende „offene Lerngeschichte“ einbezogen werden. Auch Ökumene ist gefragt. Aber Katholiken sagen, sie können doch mit uns zusammen die Kirchenspaltung von damals nicht feiern. Flugs haben evangelische Bischöfe Klage- und Bußgottesdienste vorgeschlagen. Wie „offen“ soll die Lerngeschichte sein? So weit, dass die Ursprünge nicht mehr sichtbar sind? Die Reformation ist eine selbstkritische Daueraufgabe. *Ecclesia reformata est ecclesia semper reformanda*. Aber es ist kein Wort der EKD zu eigenen aktuellen Versäumnissen zu lesen. Aber frühere Generationen werden schuldig gesprochen, wenn vom „Schatten der eigenen Geschichte“ die Rede ist. Reformation sei für jede Generation eine „Gestaltungsaufgabe“. Aber welche Kriterien gelten da? Stichworte wie „Berufung“ und „Gehorsam“ sind nicht zu finden. Die Pädagogisierung der Theologie ist wieder einmal offenkundig.

Das spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der Kommission. Ihre Mehrheit ist in der theologischen Forschung nicht tätig. Das ist fatal. Der vom Rat der EKD herbeigeführte Zustand der EKD macht eine fachtheologisch kritische Besinnung beim Thema Rechtfertigung unabdingbar! Denn es ist das Zentralthema evangelischen Glaubens. Dafür gibt es auch eine primäre Zuständigkeit in der EKD. Das ist die „Kammer für Theologie“. Es ist nicht bekannt, warum ihr das Mandat für den Grundlagentext nicht erteilt wurde. Vorsitzender der Kammer ist der Berliner Humboldt-Professor Dr. h.c. Christoph Markschies. Er hatte auch den Vorsitz in der ad-hoc-Kommission.

Wieder einmal zeigt sich, dass die gegenwärtige EKD kein besonderes Glück bei der Vorbereitung ihrer Publikationen hat. Die hoch angesehenen „Denkschriften“ waren Aufforderungen und Beispiele

zum Weiterdenken in komplexen Fragen von Theologie, Kirche, Politik, Wirtschaft usw. Weiterdenken war gefragt und in dieser Absicht auch Selbstkritik. Die sog. „Orientierungshilfe“ für Ehe- und Familienpolitik (2013) hatte bereits mit diesem Untertitel normativen Anspruch erhoben, weshalb denn auch die Kritiker dieser Schrift von der EKD übel beschimpft wurden und der Rat seine harte Politik der Verbreitung seiner zweifelhaften Lehre unbeirrt durchzusetzen versucht. Lehre und Veröffentlichungspraxis passen also weiterhin nicht zusammen. Der scharfe Einspruch von Fachtheologen gegen den Grundlagentext hat wohl auch in diesen Unklarheiten seinen Grund. Diese Unklarheiten zeigen sich in wichtigen Details.

## 2. Der Schlüsselbegriff Rechtfertigung

Im theologischen und philosophischen Horizont der Reformationszeit war – so wird gesagt – die Rede von der Rechtfertigung leichter zugänglich als in der





Gegenwart. Der Gottesglaube ist weggebrochen. Damals aber hat er die Freiheit des Menschen von Sünde, Tod und Teufel verstehbar gemacht. Freiheit wurde als Gabe Gottes (S. 33) begriffen und gelebt. Ohne den Gotteshorizont jedoch wird Freiheit zu einem Anspruch des Individuums gegen die Gesellschaft. Theologisch: Der Mensch ohne Gott ist allein auf sich ausgerichtet und verbraucht die Freiheit egoistisch. Luther: Er ist *incorvatus in se ipsum*, in sich selbst hinein verkrümmet.

Evangelische Kirche und ihre Theologie können sich jedoch mit der Rede vom fehlenden Gottesbezug nicht einfach zufrieden geben. Bestimmen denn die Möglichkeiten unseres Verstehens die Botschaft, sodass sie an den gesellschaftlichen Kontext angepasst werden muss? Oder hat die Botschaft in sich einen Vorsprung an Verstehensmöglichkeiten, der gegenwärtiges Verstehen überschreitet,

für tiefere Erkenntnis öffnet und uns von der Selbstfixierung befreit?

Die Menschen wollen recht sein – und wissen doch, dass sie sich diese Qualität verlässlich nicht selbst zuschreiben können. Eine andere Instanz muss ihnen das Rechtsein zuschreiben, eine Instanz, die menschlicher Unzuverlässigkeit enthooben ist. Ist der Mensch ein Gottesbeweis von unten? Wem Recht nicht persönlich zugesprochen wird, der muss es sich erstreiten. Der exorbitanten Ausweitung und Ausdifferenzierung des Freizeitverhaltens korrespondiert bei denselben Menschen eine Zeitnot, die in depressive Gemütszustände und burn-out-Erfahrungen führt. Ist in unserer Zeit die Gottesfrage in der Menschenfrage verborgen, in der erkennbaren Unsicherheit über seine Herkunft und seine Zukunft? Dann geht es nicht um die Unterschiede im Verständnis der Weltvorstellungen zwischen damals und heute, sondern um das

Kontinuum existentieller Erfahrungen. Kritik an der Gesellschaft hat Konjunktur, Selbstkritik wird vermieden, es sei denn, man könne mit ihr wiederum die Ego-Konjunktur beleben.

Der Grundlagentext versucht zwar, den Rechtfertigungsgedanken in Begriffen unserer Zeit zu erklären. Aber er hat nicht den Mut, die Grundsituation des Menschen als Wesen im Widerspruch zu sich selbst aufzuzeigen. So kommt es dann zu Halbheiten. Wenn uns „Gott leidenschaftlich liebt“ (29), dann will er damit eben nicht nur unser Gefühlsleben verändern. Seine Liebe zielt auf neuen Gehorsam in einem neuen Leben; sie ist schöpferische Liebe.

### 3. Der Schlüsselbegriff Freiheit

Auch „Freiheit“, der andere Zentralbegriff der Schrift, muss tiefer ausgelotet werden. Der Freiheit eignet eine abgründige Ambivalenz. Sie hat in sich zentrifugale Kräfte; diese können so mächtig werden, dass sie die Freiheit zerstören. Dann entfacht das Streben nach Freiheit neue Unfreiheit, dann finden schlimme Diktaturen ihre Fortsetzung in mörderischen Bürgerkriegen. Der sog. Arabische Frühling muss nachdenklich machen. Eine nachdenkende Kirche muss dann auch Mut zu der Frage haben, ob frühere Missionierung für spätere Demokratisierung förderlich oder unerheblich war.

Der Zentralbegriff „Freiheit“ bestimmt nicht nur die politische Szene. Er ist zum Zentralwert für das Denken und Fühlen des Individuums geworden. So erklärt sich der heftige Streit um das Verhältnis von persönlicher Freiheit und Erwartungen an staatliche Sicherheitsleistungen für die Bürger. Die Anonymität im Internet wird wie ein religiöses Gut verteidigt. Aber im Netz werden Firmen in den Konkurs getrieben und Menschen in den Suizid, weil mit sublimen Angriffen auf Ethik und Ehre anderer die schwachen gesetzlichen Regelungen unterlaufen werden können. Eine bekennnishaftige Kampagne „Ich bin nur mit Klarnamen im Internet unterwegs“ würde Kirchenleitern gut anstehen, allemal besser als Vorschläge für die Sozialpolitik.

Der Mut zum Weiterdenken fehlt also. Darum ist es nicht verwunderlich, dass das banale Beispiel der Geschlechtergerechtigkeit wieder einmal als vordringliches Glaubensproblem Eingang in einen kirchenamtlichen Text findet.

### 4. Wie finde ich einen gnädigen Gott?

Diese Frage bestimmt den Text. Mit Recht. Denn sie ist ein Restbestand an Reformationkenntnissen in Deutschland. Es ist richtig, daran anzuknüpfen. Diese Frage



Neigung zu autoritären Festsetzungen gegen alle, die die Beliebigkeit problematisieren.

Das Vorausdenken auf das Reformationsjubiläum muss diese Tiefen der Theologie Luthers ausleuchten oder das Jubiläum bedient nur Folklore.

## 6. Die anderen Religionen

Es ist gut, dass die EKD-Schrift auch darauf zu sprechen kommt. Sie meint, auch die anderen Religionen hätten ihre festen Glaubensüberzeugungen und die seien von uns anzuerkennen und zu achten. Was heißt das: anerkennen oder achten? „Die Herausforderung besteht darin, von Christus zu sprechen, aber so, dass dabei nicht der Glaube des anderen abgewertet oder für unwahr erklärt wird“ (58).

Nein. Die wirkliche Herausforderung besteht darin, die protestantische Ängstlichkeit in der Vertretung des eigenen Glaubens hinter sich zu lassen.

Dann kann man in Ruhe klären, ob denn andere Religionen in ihren Voraussetzungen eine vergleichbare Glaubensgewissheit begründen wie der christliche Glaube, und kann klären, wie sich das positiv oder negativ auf das persönliche Selbstwertgefühl und das Leben in der Gemeinschaft auswirkt. Dann kann man auch in Ruhe unterscheiden zwischen einer guten Religion und der wahren Religion. Die gute Religion lässt sich an ihren gesellschaftlich-politischen Wirkungen festmachen, an ihren Leistungen für das soziale Gefüge, für die Menschenwürde, für die Überwindung von Gewalt, für die Freiheit des Glaubens usw. Diese Wirkungen haben mit persönlichen Glaubensentscheidungen ganz und gar nichts zu tun! Anders ist es bei der Wahrheitsfrage. Sie kann nur persönlich verantwortet werden. Da muss Freiheit herrschen, auch die Freiheit zu anderem Urteil.

Hört denn Gott auch die Gebete anderer Religionen, wird oft gefragt. Darüber kann nur Gott selbst Auskunft geben. Durch Christus wissen Christen freilich, dass Gebete in seinem Namen von Gott erhört werden. Darum beten sie nicht an Christus vorbei. Darum empfehlen sie anderen Menschen, es ebenso zu tun, und überlassen alles Weitere Gott selbst.

## 7. Glaube und Moral

Gegenwärtige Theologie und Kirche sind harmoniesüchtig. Dialektisches Denken (Paulus, Augustin, Luther, Barth) ist ihnen fremd geworden. Darum kann

abwendend. Dies ist ein Beispiel für die 17. und 18. Jahrhundert. Die Selbstwertempfindung des Individuums ist ein zentraler Punkt der Aufklärung. Die Aufklärung ist ein Prozess, der die Autonomie des Individuums betont. Die Aufklärung ist ein Prozess, der die Autonomie des Individuums betont. Die Aufklärung ist ein Prozess, der die Autonomie des Individuums betont.



Die beiden Medallionen des Jahres 1717. Links: Die Kaiserin Maria Theresia. Rechts: Der Kaiser Joseph II.

Angewandte soziale Ethik ist ein zentraler Punkt der Aufklärung. Die Aufklärung ist ein Prozess, der die Autonomie des Individuums betont. Die Aufklärung ist ein Prozess, der die Autonomie des Individuums betont.

36

Die Aufklärung ist ein Prozess, der die Autonomie des Individuums betont. Die Aufklärung ist ein Prozess, der die Autonomie des Individuums betont. Die Aufklärung ist ein Prozess, der die Autonomie des Individuums betont.

Die Aufklärung ist ein Prozess, der die Autonomie des Individuums betont. Die Aufklärung ist ein Prozess, der die Autonomie des Individuums betont. Die Aufklärung ist ein Prozess, der die Autonomie des Individuums betont.

37

der Glaube die hoch komplexen Verhältnisse der Gegenwart nicht erfassen. Beispiel: Niemand wird bestreiten, dass es auch außerhalb der rechtlich geordneten Ehe wertvolle Gefühle zwischen den Menschen gibt, die zusammen leben. Aber die Erfahrung des Glaubens lehrt auch, dass Gefühle schwankend sind und Ordnungselemente die Gefühle der Beteiligten stabilisieren können. Doch die EKD kam bei ihrer sog. Orientierungshilfe auf diese Einsicht nicht. Sie hat Harmonie mit denen angestrebt, die ihre Beziehungsharmonie ohne äußere Abstützung leben wollen. Damit hat sie geschadet, statt zu helfen.

Ohne die harte Dialektik der Bibel können wir die Wirklichkeit nicht aushalten. Sie ist ja inzwischen noch differenzierter als zu Luthers Zeiten. Die Dialektik rückt die bedrängende Wirklichkeit in den Gotteshorizont. Dann wird die Bedrängnis noch größer. Dann öffnen sich aber Perspektiven zum Umgang damit. Wer diesen Selbstanspruch reformatorischer Theologie preis gibt, muss die Wirklichkeit verniedlichen. Dann wird Gottes Zuspruch und Anspruch durch Moral ersetzt, die sich an subjektivem Empfinden orientiert. Dann wird die gesellschaftliche Gemütslage moderiert und die Hilfe des Glaubens versäumt. Dann wird verschleudert, was über Jahrhunderte hinweg immer wertvoller geworden war.

Die Heilige Schrift und die Reformation lehren, dass Sünde nicht ein Mangel an Moral ist. Wenn der Mensch nur um sich selbst kreist und nur in sich selbst Halt findet, dann schadet er auf Dauer

sich selbst am meisten. Das ist Sünde: Die Zerstörung des Lebens auf der Jagd nach dem Leben.

Darum ist es ein Schritt in die richtige Richtung, wenn der Grundlagentext die vier Allein der Reformation, die sog. Exklusivartikel in Erinnerung ruft. Sie können denkerische Klarheit in das Glaubensleben bringen. Das ist nötig. Denn auch die Gefühle des Glaubens sind labil und bedürfen der Abstützung von außen.

## 8. Die vier Exklusivartikel

Die vier Exklusivartikel müssen dialektisch miteinander verschränkt werden. Wenn sie nur additiv nebeneinander stehen, kann man locker den einen oder anderen herausbrechen und nach eigenem Empfinden interpretieren. Eine kirchenoffizielle Schrift zum Reformationsjubiläum müsste diesem Missbrauch in aller Schärfe widerstehen.

*Sola scriptura* – Die Heilige Schrift ist nicht eine Sammlung ethischer Lebensanweisungen und historischer Lebensbeispiele, wie sie etwa in der Orientierungshilfe missbräuchlich verwendet werden. Ihre Sinnmitte ist Jesus Christus. Allein aus dieser Mitte heraus ist sie zu verstehen. Denn die Intention der biblischen Überlieferung ist die Begründung und Vertiefung des Glaubens an den Gott des Bundesvolkes (im AT) und an den Vater Jesu Christi (im NT). Das ist historisch-kritisch unbestritten. Die Heilige Schrift zielt auf Begegnung mit Jesus Christus, nicht auf die Befriedigung historischer Neugier,

sei diese nun fromm oder unfrohm. Wer die Heilige Schrift an Christus vorbei liest, erfährt eine Drohbotschaft statt der Frohbotschaft. Die überwältigende Fülle biblischer Gedanken, Bilder, Erfahrungen und Widersprüche erfordert hohe Sorgfalt. Die historisch-kritische Forschung geht längst nicht mehr von einem vorgefertigten Geschichtsbild aus, in das die Bibel hinein gepresst wird. Sie nimmt die Unterschiede innerhalb der Bibel wahr und versucht, deren Sinn zu verstehen. Die Formel *wahr ist in der Bibel, was Christum treibt*, stammt zwar von Luther, bezieht sich aber bei ihm auf das Alte Testament! Er hält damit daran fest, dass das Buch der Juden auch das Buch der Christen ist. Man darf sich mit Luthers Formel nicht den Anstrengungen des Denkens entziehen. Wer ist denn der Christus, den die Bibel uns vor Augen stellt?

*Solus Christus* – Dank der Heiligen Schrift wird uns das ganze Heil Gottes in seinem Mensch gewordenen Sohn bekannt. Sie benutzt dazu die Sprache ihrer Zeit. Es ist Aufgabe der Theologie, diese alte Sprache heute zum Verstehen zu bringen. Kritische Theologie ist unverzichtbar. Sie richtet sich zuerst gegen Vorverständnisse aus unserer Zeit, weitet unser Verstehen und verengt die Heilige Schrift nicht auf unsere Verstehensmöglichkeiten. Diese Ausrichtung auf Christus unterscheidet die theologische Hermeneutik von der einer rein philologischen.

*Sola gratia* – Die Gnadenbotschaft ist die Mitte des christlichen Glaubens. Hier findet die Frage nach dem gnädigen Gott ihre Antwort: Wir können Gott nur finden, weil er uns zuvor in Jesus Christus gesucht und gefunden hat. Ohne Christus keine Gnade. Denn in ihm kommen Gott und Mensch zusammen. Wäre er nicht der Sohn Gottes, könnte er auf Erden nichts ausrichten, was göttliche Qualität hat. Wäre er nicht ein Mensch wie alle Menschen, würde er mit seiner Sendung die Menschheit verfehlen. In der Heiligen Schrift hat die Gnade als Rückseite das Gericht. Wer die Gnade von der Heiligen Schrift ablöst, nimmt ihr den Ernst.

*Sola fide* – Dieser reformatorische Programmpunkt ist historisch gegen die Werkgerechtigkeit gerichtet. Er ist zugleich ein bleibender Einspruch gegen das Missverständnis des Glaubens als fromme Leistung. Dem *sola fide* muss darum das *sola gratia* voraus gehen. Sonst hängt sich der Glaube nicht an Jesus Christus, sondern an sich selbst. Der Glaube muss sich die Gnade zu eigen machen, ihr zustimmen, Gottes Urteil über sich akzeptieren. Aus der Heiligen Schrift weiß er aber, dass er in Gottes Augen Sünder ist und darum der Gnade bedarf. So schließt sich der Ring von der Schrift über Christus und die Gnade zum

Glauben, der sich wiederum Erkenntnis und Ermutigung aus der Schrift holt.

## 9. Was ist weiter zu erwarten?

Das Thema Rechtfertigung ist kein beliebiges Lehrstück neben vielen anderen, sondern das Lehrstück, mit dem die Kirche steht und fällt, der *articulus stantis et cadentis ecclesiae*, also das Kriterium für alle anderen Lehrstücke. Diese können nur in Bezug zur Rechtfertigungslehre die nötige Präzision erlangen. Und nur so bleibt die seelsorgerliche Dimension evangelischer Dogmatik gewahrt.

Darüber gab es bereits vor fünfzehn Jahren, am 31.10.1999, dem Reformationstag, eine harte Kontroverse in der EKD. Damals haben der Lutherische Weltbund und die Römisch-Katholische Kirche eine „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“

öffentlich und feierlich unterschrieben, der 2006 auch der Weltrat methodistischer Kirchen beigetreten ist.

Diese Erklärung hat frühere theologische Kontroversen beim Thema Rechtfertigung für überwunden erklärt und so die Beziehungen der Kirchen zueinander zweifelsohne verbessert. Aber die wissenschaftliche evangelische Theologie hat damals in großer Breite die Vorrangstellung der Rechtfertigungslehre eingefordert, um die Klarheit des evangelischen Bekenntnisses abzusichern. Der Widerspruch wurde nicht beachtet! Schon damals wurde harmonistischen Gefühlen Vorrang vor dialektischem Denken gegeben.

Römisch-katholische Kirchenleute haben sich kritisch zu dem neuen Text verhalten. Das ist nicht verwunderlich. Was wollen wir Evangelischen eigentlich ökumenisch? Zwei Generationen Konferenz- und Kommissionsökumene haben wichtige Klärungen erbracht. Jetzt endlich muss aber gesagt werden: Die Reformation ist eine Bereicherung für das Christentum insgesamt. Dieses braucht in der globalen Welt plurale Zugänge zu den Menschen in den unterschiedlichen Gesellschaften und Kulturen. Die sichtbare Einheit der Kirche Jesu Christi ist längst vorgegeben im gemeinsamen Gebrauch der Heiligen Schrift und der altkirchlichen Bekenntnisse, im gemeinsamen Verständnis von Taufe und Heiligem Abendmahl, in gemeinsamen Chorälen, Gebeten und Werken der Nächstenliebe. Die EKD darf nicht mit angeknackstem ökumenischem Gewissen auf das Reformationsjubiläum zugehen. Sie muss sich als die eine wahre Kirche Jesu Christi erklären. Die gibt es in unterschiedlichen empirischen Ausgestaltungen. Daraus

*Das Christentum braucht in der globalen Welt plurale Zugänge zu den Menschen in den unterschiedlichen Gesellschaften und Kulturen.*

darf kein Streit entstehen. Kooperation ist nötig. Und wenige, aber verbindliche Regeln für diese. Wir brauchen dann nicht länger wegen der Zölibatsfrage oder der Geschiedenenpastoral in die Katholische Kirche hinein reden und das Papstamt problematisieren, wenn es uns nicht aufgenötigt wird.

Kurze Zeit nach der Veröffentlichung des Grundlagentextes hat die EKD in Hannover ein „Studienzentrum für Genderfragen“ eröffnet. Mit ihm werden die strittigen Positionen der sog. Orientierungshilfe weiter verbreitet werden. Für die familienpolitische Situation bleibt weiterhin außer Betracht, dass die Familie im überkommenen Verständnis der Ort ist, an dem die Glaubensvermittlung besonders intensiv geschieht. Dafür hören wir den Programmsatz: „Es gibt mehr als zwei Geschlechter“.

Theologisch ist das reine Ketzerrei. Biologisch-psychologisch verbirgt sich dahinter die Not einzelner Menschen. Es sind nur ganz wenige.

Aber die Not ist tief genug, um alle Kräfte der Seelsorge und des Gemeinschaftslebens zu mobilisieren. Die Ideologie, die den Unterschied zwischen Natur und Kultur verwischt, hilft diesen Menschen und ihren Angehörigen nicht.

Der Grundlagentext der EKD ist eine vorzügliche Grundlage für weitere theologische Klärungen. Sie sind unabdingbar nötig. Genau das hat der Grundlagentext – freiwillig oder unfreiwillig – aufgezeigt. Dafür stehen immerhin noch drei Jahre Zeit zur Verfügung.

## 10. Eine biblische Erinnerung

Der Gute Hirte im Evangelium ließ 99 Schafe zurück, um eines zu suchen, das sich verirrt hatte. Er hat es gefunden, auf die Schultern gelegt und diese Last zur Herde zurück getragen. Er hat nicht die anderen aufgefordert, ebenfalls auf den Irrweg zu gehen. Die Gleichniserzählung Jesu ist auch als eine Anweisung für kirchliches Verhalten in Minderheitenfragen zu verstehen.



*Klaus Baschang*

war als Oberkirchenrat Mitglied der Leitung der Ev. Landeskirche in Baden und zuletzt auch ständiger Vertreter des Landesbischofs.

# *Familie – der unverzichtbare Dienst-Leister des Sozialen in unserer Gesellschaft*

Positionspapier des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)

Ehe und Familie sind das Fundament unserer leistungsfähigen sozialen und lebendigen Gesellschaft:

- Ohne Familien verliert jede Gesellschaft ihre Bindekraft, ohne Familien ist eben kein Staat zu machen, und vor allem ohne Kinder gibt es keine Zukunft für unsere Gesellschaft.
- Ohne Ehe – als Jahrtausende bewährtes Leit- und Vorbild der Lebenslangen und verlässlichen Partnerschaft – verlören auch die anderen Formen von verlässlicher Partnerschaft, die es in unserer pluralen Gesellschaft selbstverständlich gibt, ihren orientierenden Bezugspunkt und vor allem ihre wertmäßige Grundlage. Denn gerade auch im tragischen Scheitern von Paar- und Familienbeziehungen bleibt der Bezug zum Leitbild von Ehe und Familien erhalten<sup>1</sup>.

In Ehe und Familie werden soziales Miteinander, Partnerschaft und Solidarität eingeübt und gelebt, der Sinn für Gerechtigkeit vermittelt und zur Verantwortungsübernahme für sich und andere befähigt.

In Ehe und Familie werden im Idealfall Verlässlichkeit, Treue und Liebe erfahrbar. Aber auch der Umgang mit Scheitern, Verletzungen und Misserfolgen, mit Verzicht und Rücksichtnahme werden hier gelernt. Ehe und Familie sind Orte der Sorge und des Vertrauens. Sie bringen Persönlichkeiten hervor, die für andere eintreten und da sind, die Liebe und Geborgenheit schenken können und zum Leben ermutigen, die sich in Kirchen, Vereinen, Verbänden und Initiativen für das Gemeinwohl engagieren. Daher verdienen Ehe und Familie höchste Wertschätzung und Ermutigung. Wir wollen Familien helfen, mit den Herausforderungen, die Familie und Partnerschaft mit sich bringen, positiv umzugehen. Familien sollen kompetent gemacht werden, eigenverantwortliche Lösungen für ihre Situation zu finden. Das ist Subsidiarität auf der untersten Ebene.

Familie umfasst alle Generationen und nicht nur die Familie mit kleinen Kindern. Immer selbstverständlicher erleben wir die 4-Generationen-Familie. Die

Beziehungen zwischen Urgroßeltern, Großeltern, Eltern und Kindern prägen die Familie von heute ganz anders als noch vor 30 Jahren. Vor allem haben wir leider immer weniger Kinder!

Was sagt das über uns ganz persönlich und unsere Gesellschaft aus? Wofür leben wir? Wofür setzen wir uns ein? Der Rückgang an Kindern bedeutet einen kontinuierlichen Ressourcenverlust für unsere Volkswirtschaft, einen Verlust aber auch an grundlegender Erfahrung über das Menschwerden und das Menschsein, der nicht ohne Auswirkungen auf das Denken und die Haltungen unserer Gesellschaft bleiben wird, einen Verlust an Kinderlachen und an natürlicher Freude, an Wertschätzung und Achtung für die anderen Generationen, den wir in seinen Folgen heute noch gar nicht ermessen können.

Erhebliche Transferleistungen überwiegend von alt zu jung und andere Formen der Unterstützung auf Gegenseitigkeit sind beispielhaft für das intensive Beziehungsgeflecht zwischen den Generationen in den Familien. Dank der modernen Technik werden die Kontakte zwischen den Generationen trotz zum Teil großer Entfernungen wesentlich erleichtert. In Bruchteilen von Sekunden können über das Internet Gespräche von Angesicht zu Angesicht geführt und Informationen in Wort und Bild ausgetauscht werden. Moderne Infrastruktur erlaubt das schnelle und kostengünstige Reisen zwischen unterschiedlichen Wohnorten.

Wenn Menschen Menschen brauchen, sind Ehe und Familie in der Regel das funktionierende soziale Netz, das zugleich Vorbild ist für das soziale Miteinander im Dorf, in der Stadt oder im Stadtquartier. Familiäre Sorge, Hilfe, Förderung und Liebe entsprechen dem christlichen Bild vom Menschen, dem nach Gottes Willen geholfen werden soll und dem die Liebe Gottes gilt.

Gerade deswegen verdienen Familien, wenn sie überfordert sind und der Hilfe bedürfen, sei es bei der Aufgabenerfüllung oder in materieller Hinsicht, aus christlicher Liebe heraus unsere

besondere Unterstützung. Kindergeld, Kinderzuschlag, Elterngeld, Elternzeit leisten wertvolle Dienste. Aber auch familienunterstützende Dienstleistungen von den Familienhebammen über Kita bis hin zu Familienhilfen stärken Familien. Diese Angebote gilt es, bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Wir leben in einer Gesellschaft des langen Lebens. Diese Gesellschaft des langen Lebens bietet uns die Chance und die Verpflichtung, unsere Lebenszeit, unsere Infrastruktur und vor allem unser Verständnis von Arbeit und Familie neu zu fokussieren.

Wenn die gesunde Lebenszeit kontinuierlich ansteigt, dann kann unsere Lebensarbeitszeit, auch wenn man sie nicht verlängern will – aber auch das wäre angesichts der hohen Qualifikationen heutiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine sinnvolle Initiative – zumindest zugunsten der Familie anders verteilt werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann neu ausbalanciert werden, Karrierestress kann abgemildert werden, und auch der Wiedereinstieg nach einer reinen Zeit der Familienarbeit kann für Väter und Mütter neu ausgestaltet werden.

Mütter und Väter wünschen sich mehr Zeit für Familie. Das wird auch für die Mehrheit der Kinder gelten. Infrastruktur, Geld und vor allem Zeit sind daher die zentralen Themen der Familienpolitik. Zeit ist auch das zentrale Thema des letzten Familienberichts der Bundesregierung im Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zwei Faktoren prägen unsere Gesellschaft des langen Lebens: Da ist zum einen die nach wie vor rückläufige Geburtenrate bzw. die Stagnation der Geburtenrate auf sehr niedrigem Niveau und zum anderen die rasante Zunahme von hilfe- und pflegebedürftigen meist hochaltrigen Menschen. Sie verändern das Aussehen und die Wirklichkeit unserer Gesellschaft. Sie stellen Staat und Gesellschaft und besonders die Familien vor neue Herausforderungen und Chancen.



Dass die junge Generation realistische Chancen hat, gute Arbeitsplätze zu bekommen, wie wir es Jahrzehnte nicht erlebt haben, entlastet Familien und Gesellschaft. Die jungen Menschen erleben damit: Sie werden gebraucht! Und das gilt auch für die Generationen davor. Mit ihren Talenten, Erfahrungen, Kenntnissen und Befähigungen kann sich unsere Gesellschaft im demographischen Wandel gar nicht erlauben, auf gesunde und leistungsbereite Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch mit höherem Lebensalter zu verzichten. Und auch die Integration der nicht so Leistungsfähigen wird wegen des Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt leichter gelingen als in der Vergangenheit.

Gerade diese neue Ausgangslage bietet die Gelegenheit, die Ziele von Familienpolitik und Arbeitsmarktpolitik neu auszubalancieren. Eine Familienarbeitszeit als Teil einer lebensphasenbezogenen Arbeitszeitpolitik wird den Interessen und Wünschen der jungen Generation, die sich für Kinder entscheidet und somit Familien gründet, genauso entsprechen wie den Bedarfen der Arbeitgeber und Unternehmen, die auf kompetente und engagierte Fachkräfte angewiesen sind.

In der Familienarbeitszeit wird die Arbeitszeit bei gleichem Lohn z. B. für drei Jahre auf 80% reduziert oder bei 6 Jahren auf 90% und das bei Vater und Mutter. Im weiteren Lebensverlauf wird dann entweder mehr gearbeitet oder/und auch länger. In jedem Fall hätten beide, Vater und Mutter, mehr Zeit für die Familie, vor allem für die Erziehung der Kinder. So kann die wachsende Lebenszeit in der Tat

das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu lösen helfen, so dass Eltern mehr Zeit auch für mehr Kinder haben. Die Mehr-Kinder-Familie liegt im Interesse der Kinder und unserer Gesellschaft. Die Förderung der Mehr-Kinder-Familie muss zentraler Schwerpunkt der Familienpolitik werden.

Anreize, das erste Kind erst mit Mitte 30 zu bekommen, gehören gesellschaftspolitisch auf den Prüfstand. Wir wollen gerade auch jungen Menschen, den Weg zur Familiengründung erleichtern. Alles, was dem Kinderwunsch junger Menschen entgegensteht, bedarf einer umsichtigen Prüfung. Die Familienarbeitszeit ist ein zentraler Baustein einer modernen Familienpolitik, die auch grundlegend die Mehr-Kinder-Familie fördern will.

Familien leisten aber nicht nur durch Kindererziehung Großartiges. Auch in der Begleitung und Unterstützung und der sozialen Einbindung von hilfe- und pflegebedürftigen vor allem hochaltrigen Familienmitgliedern leisten sie Vorbildliches. Schon heute werden nahezu 70% der Pflegebedürftigen zu Hause, auch mit Unterstützung von ambulanten Diensten, versorgt. Das entspricht dem Wunsch der Beteiligten, der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen, und dient zugleich der Gesellschaft, weil dadurch die Kosten für die Pflege nicht noch höher werden.

Daher ist es erforderlich, die vorhandene Familienpflegezeit und Pflegezeit den Erfordernissen der Familien im Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entsprechend weiter zu entwickeln und vor allem den Rechtsanspruch auf

Familienpflegezeit einzuführen. Weiterhin ist anzustreben, Pflege im Wohnquartier unter Einbindung von Nachbarschaft und Ehrenamt zu organisieren und soziale Teilhabe und Mitverantwortung auch von pflege- und hilfebedürftigen Menschen, gerade auch mit eingeschränkter Alltagskompetenz zu ermöglichen, um Familien die Pflege der Angehörigen vor Ort zu erleichtern. Mehrgenerationenhäuser können in Verbindung mit Pflegestützpunkten passgenaue Strukturen im Sinne „Sorgender Gemeinschaften“ aufbauen.

Pflegewohnungen im Stadtquartier oder auch Pflegewohngruppen im Stadtquartier bzw. im Dorf sind für eine Sicherung der menschenwürdigen Pflege in Zukunft unverzichtbar. Generationengerechte Stadt- und Quartiersentwicklung mit generationengerechtem Wohnraum – möglichst barrierefrei – ist ein wesentlicher Baustein einer Familienpolitik, die an die Zukunft denkt!

Familienarbeitszeit, Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit, Pflege im Quartier sind die zentralen Bausteine einer modernen christdemokratischen Familienpolitik, die darauf abzielt, die Potenziale der Familie zu stärken und damit die Familie als unverzichtbaren Dienstleister unserer Gesellschaft zu fördern. Dazu gehören auch die schon bekannten Infrastrukturen, die bisherigen Familienentlastungen und die Maßnahmen der Familienförderung.

<sup>1</sup> S. hierzu auch die 10 Thesen des EAK zur Verständigung über eine gemeinsame zukünftige Position im Protestantismus über Ehe, Familie und Partnerschaften vom 29.11.2013: [http://www.eak-cducsu.de/web/presseOnlineContent.php?press\\_id=331](http://www.eak-cducsu.de/web/presseOnlineContent.php?press_id=331).



Nikolaus Schneider,  
**Ich bin evangelisch**  
**Menschen sprechen über ihren Glauben**  
Hansisches Druck- und Verlagshaus, Frankfurt  
am Main 2014,  
ISBN 978-3-86921-256-2  
Gebunden, 191 Seiten, 17,40 EUR

54 Kurzporträts von Protestanten aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft, die sehr persönlich über ihren Glauben sprechen. Unter anderem auch mit Beiträgen des EAK-Bundesvorsitzenden Thomas Rachel und des stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden Christian Schmidt.

*Empfehlung* \*\*\*\*



Kristian Buchna  
**Ein klerikales Jahrzehnt?**  
**Kirche, Konfession und Politik in der**  
**Bundesrepublik während der 1950er Jahre**  
Nomos, Baden-Baden 2014,  
ISBN 978-3-8487-1230-4  
Gebunden, 148 Seiten, 29,95 EUR

Können die ersten Jahre der Bundesrepublik Deutschland in gewisser Weise als Phase der (Re)konfessionalisierung bzw. „Klerikalisierung“ und somit als „konfessionelles Jahrzehnt“ beschrieben werden? Fakt ist: „Nachdem der Nationalsozialismus die Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens zu einem seiner totalitären Ziele erhoben hatte, setzte nach 1945 in beiden Kirchen eine verstärkte Rückbesinnung auf die eigene konfessionelle Identität ein, die sich nunmehr frei entfalten konnte“ (S. 525). Und Fakt ist in Bezug auf die Stellung der beiden großen Kirchen in den 50er Jahren auch: „Kein Verband, keine andere Organisation erhielt auf vergleichbar breiter Ebene einen solch privilegierten und vor allem frühzeitigen Zugang zu politisch relevanten Informationen und Entscheidungsträgern. Sach- und personalpolitische Anfragen gingen wohlgerne oftmals von der Politik aus, die einerseits an kirchlicher Expertise, andererseits an der Nennung fähiger Kandidaten interessiert war, deren etwaige Ernennung somit keine Verstimmung auf kirchlicher Seite nach sich zu ziehen drohte.“ (S. 527) Der Autor legt hier eine fundierte, differenzierte und begrifflich sensible Studie des Wechselverhältnisses von Kirche, Konfession und Politik der betreffenden Jahre vor, die vor allem auch dadurch besticht, dass dabei zum ersten Mal die Rolle der Bonner Verbindungsstellen beider Kirchen, nämlich des Katholischen Büros (unter der Leitung von Wilhelm Böhrer) und der Dienststelle des EKD-Bevollmächtigten (Hermann Kunst), näher untersucht werden. Dies war beispielhaft für das enge Kooperationsverhältnis von Kirche und Staat und die besondere Stellung der Kirchen in der ersten Anfangszeit der Bundesrepublik. Das Buch ist gerade auch für EAK'ler – trotz der über 600 Seiten – sehr lesenswert und aufschlussreich!

*Empfehlung* \*\*\*\*\*



Markus A. Weingardt,  
**Was Frieden schafft**  
**Religiöse Friedensarbeit**  
Gütersloher Verlagshaus, München 2014,  
ISBN 978-3-579-08172-4  
Gebunden, 230 Seiten, 24,99 EUR

Anschaulich und allgemein verständlich werden Akteure und Methoden der religiösen Friedensarbeit anhand von Beispielen aus zahlreichen Ländern vorgestellt. Im Zentrum steht dabei die Erkenntnis, dass die im öffentlich-medialen Diskurs fast omnipräsente Darstellung des Konflikt- und Gewaltpotentials von Religionen unweigerlich zu einer einseitigen und verzerrenden Gesamtwahrnehmung führt, bei der gerade die so reichen und bewährten Konfliktlösungs- und Friedenspotentiale der Religionen zunehmend marginalisiert oder gänzlich ignoriert werden. Dieses reich bebilderte, sehr ansprechend und abwechslungsreich gestaltete Buch mit zahlreichen Literatur- und Querverweisen vermittelt die wichtige Botschaft, dass Friedensarbeit bzw. konstruktive (zivile) Konfliktbearbeitung sehr viel mehr ist und sein muss als die bloße Verhinderung physischer Gewalt. Es zeigt durch seine vielen, ermutigenden Perspektiven, dass der aktive Einsatz für Frieden zu einer „erfüllenden, beglückenden und bereichernden Erfahrung“ werden kann. Die Entstehung und die Ursachen von Konflikten werden analysiert und aufgedeckt und gewaltfreie Lösungsmöglichkeiten beschrieben. Die Notwendigkeit des friedlichen Dialoges und Miteinanders der Religionen wird natürlich ebenfalls thematisiert. Auch wenn man im Einzelnen sicherlich einige kritische Rückfragen stellen könnte, ist dies dennoch ein äußerst inspirierendes und sachlich-ausgewogenes Buch, das vor allem deutlich macht, wie sehr wir dazu aufgerufen sind, in dieser Welt zu aktiven Friedensstiftern zu werden. Der Autor ist Mitarbeiter bei der Stiftung „Weltethos“ (Hans Küng), die auch am Ende kurz gewürdigt wird.

*Empfehlung* \*\*\*\*



Martin Hein,  
**Theologie in der Gesellschaft**  
Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2014,  
ISBN 978-3-374-03904-3  
Gebunden, 393 Seiten, 34,00 EUR

Martin Hein, seit 2000 Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und seit 2005 Honorarprofessor der Universität Kassel, gehört seit langem zu den immer wieder gern gesehenen und hoch respektierten kirchlichen Gästen beim EAK, verbinden sich bei ihm doch in besonderer Weise kirchenleitendes Augenmaß und theologische Reflexionstiefe. Der vorliegende Sammelband mit unterschiedlichsten Aufsätzen der letzten Jahre zum den Themenfeldern „Gesellschaftliche Verantwortung“, „Ethik in der Medizin“, „Ökumene im Zeitalter religiöser Vielfalt“ und „Kirche in der Zeit“ ist von Frank Hofmann und Karl Waldeck herausgegeben und sehr zu empfehlen!

*Empfehlung* \*\*\*\*\*

# Der EAK auf der diesjährigen EKD-Herbstsynode in Dresden

Treffen mit dem neuen Militärbischof Dr. Sigurd Rink und Abschied von Nikolaus Schneider

Auf seiner Sitzung am 10. November, die am Rande der diesjährigen Herbstsynode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Dresden stattfand, traf sich der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises zum intensiven Gedankenaustausch mit dem neuen evangelischen Militärbischof **Dr. Sigurd Rink**. Vor dem Hintergrund der aktuell an vielen Orten der Welt wieder spürbar unsicherer gewordenen Weltlage wurde nicht nur über die Möglichkeiten und Perspektiven der politischen und theologischen Friedensarbeit, sondern auch über die konkreten Herausforderungen des kirchlichen Dienstes und der Seelsorge im Bereich der Bundeswehr miteinander diskutiert.

Auf dem dann am Abend sich anschließenden, traditionellen EAK-Empfang ging der Bundesvorsitzende des EAK, **Thomas Rachel MdB**, dann in seinem Begrüßungswort kurz auf das Schwerpunktthema der diesjährigen Synode ein („Kommunikation des Evangeliums in der digitalen Gesellschaft“) und die politischen Veränderungen seit dem Fall des Berliner Mauerfalls vor 25 Jahren: „Wir stehen, liebe Schwestern und Brüder, gemeinsam vor enormen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Egal, ob es nun um die Bemühungen um Frieden in der Welt geht,

um die Verteidigung der universalen Menschen- und Freiheitsrechte oder um die großen ethischen Fragen unseres persönlichen oder gesellschaftlichen Lebens geht – wir stehen als Christinnen und Christen gemeinsam in der Verantwortung für diese Welt!“

Der Bundesvorsitzende richtete schließlich auch ein ganz persönliches Wort an den aus dem Amt geschiedenen Ratsvorsitzenden, Alt-Präses **Nikolaus Schneider**: „Es gehört zu den Dingen, lieber Nikolaus Schneider, die mich in diesem Jahr sicherlich mit am Tiefsten bewegt haben, als ich von der schweren Krankheit Ihrer geliebten Frau Anne erfuhr und Ihrer Absicht, sich nun vom Ratsvorsitz und anderen öffentlichen Ämtern und Verpflichtungen zurückzuziehen, um miteinander mehr Zeit zu haben und in dieser schweren Phase ungeteilt füreinander



Der Militärbischof **Dr. Sigurd Rink** zu Gast beim EAK-Bundesvorstand auf der EKD-Synode in Dresden.

da sein zu können. Seien Sie bitte gewiss, dass Sie auch ganz viele Geschwister beim Evangelischen Arbeitskreis in CDU und CSU haben, die Ihnen beiden in Gedanken und in Fürbitte verbunden sind und im Herzen bei Ihnen!“ Neben dem EAK-Bundesvorsitzenden hielten auch der stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof **Jochen Bohl**, und die Präses der Synode, **Dr. Irmgard Schwaetzer**, ein Grußwort.



v.l.n.r.: Der griechisch-orthodoxe Metropolit **Augoustinos** von Deutschland, der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), **Nikolaus Schneider**, und **Thomas Rachel**



v.l.n.r.: Landesbischof **Jochen Bohl**, Landesbischof **Dr.h.c. Frank Otfried July** und der stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende **Hans-Michael Bender**

# Festveranstaltung zum 110. Geburtstag von Hermann Ehlers in Kiel

Am Mittwoch, dem 1. Oktober 2014, hat die Hermann-Ehlers-Stiftung mit einem Festakt im Plenarsaal des Schleswig-Holsteinischen Landtages ihres Namensgebers, des ehemaligen Bundestagspräsidenten, **Hermann Ehlers** gedacht. **Otto Bernhardt**, Vorsitzender der Hermann-Ehlers-Stiftung würdigte vor den 150 Gästen Hermann Ehlers als Verfechter der Demokratie und des Parlamentarismus mit unverrückbaren Überzeugungen: „Wir sind stolz, dass unsere Stiftung seinen Namen trägt.“

**Klaus Schlie**, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages betonte, Hermann Ehlers habe es nicht bei Worten belassen: „Seine Grundsätze setzte er, wo immer er konnte, in die Tat um. Er war die treibende Kraft bei der Überwindung konfessioneller Gegensätze in Deutschland.“

Die Festrede der Gedenkveranstaltung hielt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Thomas Rachel MdB**. Rachel hob insbesondere die christliche Verantwortung heraus, die Hermann Ehlers als Grundlage und Ansporn all seines Handelns verankert hatte. So habe er politische Verantwortung immer auch im Bewusstsein der eigenen Fehlbarkeit wahrgenommen. Die Verantwortung vor



v.l.n.r.: Dr. Monika von Hassel, Otto Bernhardt, Thomas Rachel MdB, Dr. Monika Schwinge, Klaus Schlie MdL, Dr. Weert Börner

Gott und dem Menschen gehören für den Christen in der Politik untrennbar und stets zusammen. Rachel wünschte sich deshalb, dass die Stimme der Christen in unserer Gesellschaft erlebbar sei.

**Dr. Weert Börner**, der aus seiner gemeinsamen Zeit mit Hermann Ehlers über diesen aus seiner eigenen Erfahrung sprechen konnte, wies ebenfalls auf die großen Verdienste Hermann Ehlers'

für die Stärkung der evangelischen Kirche und der CDU im evangelischen Raum hin. Ehlers sei zeitlebens ein „Mann der Kirche gewesen“, so Börner.

**Dr. Monika Schwinge**, em. Pröpstin und Leiterin des Gesprächskreises Christ und Gesellschaft der Hermann-Ehlers-Akademie, vereinte in ihrem Schlusswort einen Dank an die Redner des Abends sowie an den Musiker **Yonatan Pandelaki**.

## Neuwahlen auf der Landestagung des EAK Saar

Bei der Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-Saar in Saarbrücken wurde der Landesvorsitzende **Volker Oberhausen** einstimmig in seinem Amt bestätigt. Der 55-jährige Diplom-Kaufmann aus Homburg gehört auch dem CDU-Landesvorstand an.

Zu seinen Stellvertretern wurden **Frank Thomas Bienko** aus Beckingen und **Jörn Buchholz** aus Völklingen gewählt.

Schriftführerin ist **Martina Schäfer** aus Saarbrücken.

11 Beisitzer komplettieren den Landesvorstand des EAK.

Zur diesjährigen Tagung konnten auch der stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende **Hans Michael Bender** und Kirchenrat **Frank-Mathias Hofmann**, Beauftragter der Evangelischen Kirchen im Saarland begrüßt werden.

EAK-Bundesvorstandsmitglied **Dr. Michael Franz** brachte den Leitartikel „Gottesbezug in die Saarländische Verfassung“ ein, der als Initiativantrag in wenigen Wochen auf dem CDU-Landesparteitag in St. Ingbert-Rohrbach verabschiedet werden soll.

**Sevim Tasci** vom Sozialministerium berichtete den Teilnehmern über die

Fortschritte beim Projekt „Islamischer Religionsunterricht im Saarland“.

Zum Thema Christenverfolgung, das eines von sieben Themenschwerpunkten des EAK im kommenden Jahr sein wird, wird der Evangelische Arbeitskreis auch mit dem assyrischen Kulturverein, einer Vereinigung syrischer Christen, in Saarlouis eng zusammenarbeiten.

Der EAK der CDU-Saar bedankte sich bei dem ehemaligen Minister **Andreas Storm** für die ausgezeichnete Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

# Weihnachten 2014

„Das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns, und wir sahen seine Herrlichkeit, eine Herrlichkeit als des eingeborenen Sohnes vom Vater, voller Gnade und Wahrheit.“ (Joh 1,14)



Vor dem Hintergrund all des Unfriedens in uns selbst und um uns herum, bei all dem Leiden, der Lieblosigkeit und den Beschwerden, bei aller Unvernunft und Menschenverachtung in Gesinnung, Parolen und Taten, ist es gut, sich wieder klar zu machen, was die zentrale Botschaft von Weihnachten ist: Gott selbst wird Mensch und zeigt uns damit den wahren Grund und die wahre Bestimmung unseres Menschseins auf. Was für eine „Wiederkehr des Glanzes in der Welt“ (C. Gestrich), viel schöner als all die äußerlichen, bunten Lichter zu dieser Zeit, mit denen wir uns zwar gerne schmücken, die aber doch so selten wirkliche Wärme spenden oder gar dauerhafte Liebe und Frieden schenken.

Gott kommt in diese Welt, die ihren Grund, ihr ganzes Leben, ihr Licht und ihre Bestimmung, allein von ihm her hat. Der Evangelist Johannes macht deutlich: Gott selbst ist uns ganz und gar nicht fern, sondern er kommt in sein Eigentum, das er voll und ganz für sich beansprucht. Wann begreifen wir das eigentlich? Das Leben schaffende Wort, das uns selbst und alles ins Sein gerufen hat, was es gibt, das Schöpfungswort vom Anfang her, das Licht, das die Finsternis besiegt, das Leben, das den Tod besiegt, das Trostwort, das allein die Kraft hat, unsere Tränen zu trocknen: es gehört ein für alle Mal zu uns und in diese Welt, auch und gerade, wenn wir uns immer wieder so

schwer tut, dies angesichts der zahllosen Dunkelheiten wirklich zu erkennen, zu glauben oder auch zu leben.

Für die Alten gehörte noch alles zusammen, konnte es hier gar keinen Gegensatz von Glaube, Liebe, Hoffnung und Vernunft geben, denn im fleischgewordenen Wort Gottes, das die Griechen Logos nannten, war ja schließlich alles greifbar, anschaulich und sozusagen leibhaftig geworden. Und Logos bedeutet auch: Das Göttliche ist nicht im Geringssten widervernünftig, sondern vielmehr das Widergöttliche unvernünftig, sinnlos und nichtig. Was für einen heilvollen Perspektivwechsel bringt doch die Weihnachtsbotschaft also für unser Leben: Wer auf Christus blickt, das Mensch gewordene Gottes-Wort, blickt immer auch auf den tragenden und letzten Grund des eigenen Seins und Sinns.

Mit **Dieter Trautwein** können wir darum auch in diesem Jahr zur Weihnachtszeit wieder fröhlich bekennen und singen: „Weil Gott in tiefster Nacht erschien, kann unsre Nacht nicht traurig sein! Der immer schon uns nahe war, stellt sich als Mensch den Menschen dar. (...) Bist du der eignen Rätsel müd? Es kommt, der alles kennt und sieht! Er sieht dein Leben unverhüllt, zeigt dir zugleich dein neues Bild.“ (EG 56, 1-3)

**Christian Meißner**

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

## Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

## Herausgeber

Thomas Rachel, Hans Michael Bender, Dieter Hackler, Norbert Kartmann, Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

## Redaktion

Johanna Schulze, Steffen Schmalor, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eakcduscu.de

## Konto

Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

## Autoren

Altbischof Axel Noack  
Dr. Christoph Bergner MdB  
Klaus Baschang OKR i.R.

## Druck

Druckerei Conrad

## Gestaltungskonzeption/Realisation EV:

Agentur kollundkollegen, Berlin

## Fotonachweis

Titelbild: © Archiv Noack  
S. 3 © Archiv Noack  
S. 4 © Archiv Noack  
S. 5 © Archiv Noack  
S. 8 istockphoto © hsvrs  
S. 9 © Agentur kollundkollegen  
S. 10 istockphoto © GeorgiosArt  
S. 11 © Agentur kollundkollegen  
S. 12 © Agentur kollundkollegen  
S. 15 istockphoto © bowdenimages  
S. 17 © EAK/Johanna Schulze  
S. 18 © Hermann-Ehlers-Stiftung  
S. 19 istockphoto © fcafotodigital

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.

Papier: 100% chlorfrei



## Bitte unterstützen Sie die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises!

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) setzt sich nun seit über 60 Jahren dafür ein, die evangelische Stimme in Politik und Gesellschaft nicht verstummen zu lassen. Gerade in den Zeiten eines schwindenden christlichen Glaubens und Wertebewusstseins ist es wichtiger denn je, dass diese Stimme auch weiterhin klar und deutlich vernehmbar bleibt.

Wir werden unsere politischen Ziele aber nur dann weiterhin erreichen können, wenn Sie uns dabei tatkräftig unterstützen und wenn wir gemeinsam genau wissen, wo wir stehen und gewiss und freudig bekennen, von wo wir herkommen.

Auch in diesem Jahr konnten wir stetig das Online-Archiv der „Evangelischen Verantwortung“ erweitern. Bis zum Jahrgang 1953 konnten wir bereits fast alle erschienenen Publikationen der „Evangelischen Verantwortung“ digital auf unserer Homepage zur Verfügung stellen. Bitte unterstützen Sie uns auch weiterhin bei diesem großen und wichtigen Vorhaben.

Ihre Güte und Großzügigkeit, mit der Sie uns in den vergangenen Monaten erneut unterstützt haben, und auf die wir auch weiterhin hoffen, möge Gott vielfältig segnen. Mögen Sie, Ihre Familien und Ihre Lieben in dieser Weihnachtszeit Kraft und Hoffnung, Friede und Freude erfahren von dem, der da ist und der da war und der da kommen wird.

*Ihre Spende können Sie im Rahmen der einschlägigen steuergesetzlichen Vorschriften steuermindernd geltend machen.*

### SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC	
<b>Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)</b>			
IBAN D E 7 9 1 0 0 4 0 0 0 0 0 2 6 6 0 9 8 3 0 0			
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen) C O B A D E F F X X X			
Betrag: Euro, Cent			
Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers S p e n d e f u e r d i e			
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen) E v a n g e l i s c h e V e r a n t w o r t u n g			
<b>Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)</b>			
IBAN D E <span style="float: right;">08</span>			
Datum	Unterschrift(en)		

### Beleg für Kontoinhaber

IBAN des Kontoinhabers
Kontoinhaber
Zahlungsempfänger Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Verwendungszweck Spende fuer die Evangelische Verantwortung
Datum
Betrag: Euro, Cent